Nummer 136 — 25. Jahrgang

8mal wöch. Bezugspreis für Juni 3.— ℳ einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 80 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftl. Teil: J. Hillebrand in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 22. Juni 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden

Pelzwaren
Umarbeitung
Reparaturen
Aufbewahrung
F. Winkler
Kürschnermstr.
Dresden-A.
Webergasse 2

Fahrräder
Preßto
Ersatzteile
billigst
M. Stirl
Dresden-A.
Wettinerstraße 43

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 14797 Bankkonto: Bassenge & Friesche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der 20. Juni – eine ernste Mahnung

Beim Volksbegehren im März hatten sich rund 12½ Millionen Menschen eingezeichnet. Gestern ist diese Zahl um 2½ Millionen auf 15 Millionen gestiegen. Wir wollen einmal annehmen, es hätte sich gestern allein um die grundsätzliche Entscheidung über die Frage gehandelt, ob das Privateigentum unantastbar sei — würde dann diese gewaltige Zahl erreicht worden sein? Niemals. Im Höchstfalle wären ein paar Millionen Stimmen, etwa der Linksradikalen aufgebracht worden. 15 Millionen Menschen aber für so unvernünftig und gemeingefährlich zu halten, daß sie die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens hätten erschüttern wollen, bleibt nur politischen Kindern vorbehalten.

Bei dem gestrigen Entscheid stand etwas ganz anderes als die Unverletzbarkeit des Eigentums im Vordergrund. Jeder vernünftige Mensch stellte sich die Frage so: wenn ich nicht mit Ja stimme, wird dann nach dem 20. Juni in der Abfindung eine gerechtere Lösung eintreten, als es durch den Volksentscheid der Fall ist? Rund 15 Millionen verneinten diese Frage und stimmten mit Ja für den Volksentscheid. Weil aber in Deutschland fast 40 Millionen Stimmberechtigte vorhanden sind, und die Hälfte davon zur Durchbringung eines Volksentscheids erforderlich ist, verlief der 20. Juni negativ.

Es gibt Politiker, die die ganze Wahlordnung bei einem Volksentscheid für falsch und ungerecht halten. Und zwar deshalb, weil hier nicht die Hälfte der wirklich wählenden Stimmen, sondern die der Stimmberechtigten aufgebracht werden müssen. Selbstverständlich hätten gestern sich bedeutend mehr an der Wahl beteiligt, wenn es auf die Summe der wirklich Wählenden angekommen wäre. Aber selbst die letzte Präsidentenwahl, an der man sich ausnahmsweise sehr stark beteiligte, kam nur eben über 30 Millionen hinweg. Nach solchen Maßstäben gerechnet, stellen 15 Millionen ungefähr die Hälfte dar, und man kann behaupten, daß vielleicht — wenn alle wirklich hätten wählen müssen und die Mehrheit dieser wirklich wählenden Stimmen ausschlaggebend gewesen wäre — der Volksentscheid durchgebracht worden sei. Es ist durchaus nicht unnütz diese Berechnung aufzustellen, denn das große Heer derjenigen, die nie wählen, kann man doch nicht so ohne weiteres als wirklichen Volksentscheidsgegner bezeichnen. Und doch sind in dem gestrigen Resultat all diese ewig Wahlfaulen oder Wahldummen einfach in die Zahl der Neinsager hineingerechnet.

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß in Wahrheit ein ganz gewaltiger Teil für den Volksentscheid gestimmt hat, der zwar nach den formalen Erfordernissen die absolute Mehrheit nicht erreicht hat, der aber in Wirklichkeit zum Ausdruck bringt, daß die ungefähre Hälfte des deutschen Volkes — vielleicht sogar darüber — doch für den Entscheid war. Das muß unbedingt beachtet werden. Denn es bedeutet nichts mehr und nichts weniger, daß daraus politische Konsequenzen gezogen werden müssen.

Das gestrige Ergebnis ist eine ganz ernste Mahnung an die Regierung und die Regierungsparteien. Eine Demission der Regierung ist zwar jetzt nicht notwendig geworden, aber die große Zahl der Ja-Stimmen bedeutet doch ein nicht zu unterschätzendes Mißtrauensvotum gegen das Kabinett. Die Regierung hatte sich ja dahin ausgesprochen und verpflichtet, den Kompromißentwurf zur Abfindungsfrage unbedingt zur Annahme zu bringen. Einem großen Teil des Volkes ist dieses Versprechen der Regierung nicht vertrauenswürdig genug erschienen. Wenn man letzten Endes der Regierung auch gerade nicht den guten Vorsatz absprach, so traute man ihr doch nicht die Kraft und die Mittel zur schnellen und gerechten Durchführung des Kompromißgesetzes zu.

Um dieses Mißtrauen zu beseitigen, ist es die Pflicht der Regierung nunmehr mit äußerster Beschleunigung den Kompromißentwurf zur Annahme zu bringen. Im Reichstag sind Kräfte vorhanden, die die Erledigung hinauszögern möchten. Das sind gerade diejenigen, die während des Wahlkampfes so häufig die schönsten Worte über Privateigentum im Munde führten. Der Antrag muß unbedingt noch vor den Sommerferien Gesetz werden. Erst im November würden sonst neue Beratungen beginnen. Und wie lange würden diese Beratungen erst wiederum dauern? Bis dahin aber den alten unerträglichen Zustand weiter zu belassen, wäre unverantwortlich.

Die Regierung hat nun Gelegenheit, die unerhörten Versäumnisse der Regierung Luther nachzuholen. Und zwar sofort. Sollte tatsächlich der Reichstag eine weitere Verschleppung planen, so wäre der Augenblick da, wo der Kanzler auch zu den äußersten Mitteln zu greifen hätte. Ein zweiter Volksentscheid über das Kompromißgesetz und auch die Auflösung des Reichstages liegen hier bekanntlich im Bereiche der Möglichkeit.

Aber auch in bezug auf die parlamentarische Zusammenfassung der Kräfte ergeben sich wichtige Folgerungen. Bekanntlich ist es bis heute nicht geglückt, eine Einheitsfront von der deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten oder mit anderen Worten: die große Koalition zu erreichen. Hätte der Volksentscheid mit weniger als 12½ Millionen Ja-Stimmen abgeschnitten, so wäre wohl dieses Problem der großen Koalition von neuem in Vergessenheit geraten, weil es sich dann um eine ausgesprochene Niederlage der Sozialdemokraten gehandelt hätte. Jetzt aber liegen die Dinge wesentlich anders. Die Sozialdemokratie wird bei der Kräfteverteilung im Parlament nicht mehr zu übergehen sein. Die Deutsche Volkspartei wird sich dem Problem der großen Koalition nicht weiter verschließen dürfen. Und zwar um so weniger, als ja jetzt die Sozialdemokratie auch für das Kompromißgesetz im Reichstag sich einsetzen wird, da der Volksentscheid fehlgeschlagen ist.

Großer Jubel wird heute in den Spalten der „nationalen" Parteipresse zum Ausdruck kommen. Großer Jubel über die „Niederlage" der Volksentscheidler. Aber das ist nichts weiter als das fromme laute Gebet von Pharisäern. Denn man verschweigt mit größter Peinlichkeit, daß gerade die Vereitlungs- und Verzögerungsmanöver der „Nationalen" im Reichstag erst der rechte Anlaß und Antrieb zum Volksentscheid geworden ist. Diese Leute sollten reuig an ihre Brust schlagen, im Gedanken daran, daß sie es sind, die zur Heranzüchtung dieser 15 Millionen „Eigentumsräuber" ganz erheblich beigetragen haben. Damit soll die Schuld der Linken nicht im geringsten verwischt werden, aber die Gerechtigkeit erfordert es, daß man vor allem die Scheinheiligen ihrer Maske beraubt, um die wahren Urheber dieser unglücklichen Aktion am 20. Juni richtig zu erkennen.

Auf eine Partei wird es in den nächsten Wochen vor allem ankommen. Auf die politische Mitte — auf das Zentrum. Alle jene, die gestern nicht mit Ja gestimmt haben, verlassen sich vor allem auf die Versprechungen dieser Partei. Auf die unbedingte Initiative zur beschleunigten Annahme des Kompromißgesetzes. Es würde eine Katastrophe erfolgen, wenn das Zentrum jetzt nicht seine vollste Tatkraft aufbringen wollte. Nicht allein eine allgemein politische Katastrophe, sondern auch

14,4 Millionen Ja-Stimmen

Berlin, 21. Juni. Das Gesamtergebnis ist amtlicherseits vorläufig folgendermaßen festgestellt worden: Bei einer Gesamtzahl der Stimmberechtigten von 39 687 848 wurden insgesamt 15 584 821 Stimmen abgegeben, davon waren 559 370 ungültig und 15 025 451 gültig. Mit Ja stimmten 14 440 779 und mit Nein: 584 672

Die Stimmenzahlen der Reichswahlkreise

	Beim Volksentscheid stimmten			Unterschriften beim Volksbegehren	50 Prozent der Stimmberechtigten
	Ja	Nein	ungültig		
1. Ostpreußen	263 902	9 778		106 078	650 603
2. Berlin	889 442	29 257	42 294	864 362	733 619
3. Potsdam II	531 803	19 536	22 833	514 067	541 222
4. Potsdam I	565 865	22 013	25 699	479 491	587 715
5. Frankfurt a. d. O.	297 340	13 403	12 953	244 600	551 642
6. Pommern	269 454	11 398	5 761	204 715	571 325
7. Breslau	380 108	24 909	13 443	383 561	597 625
8. Liegnitz	263 093	13 377	11 321	267 415	384 245
9. Oppeln	193 933	11 975	4 888	153 038	397 348
10. Magdeburg	453 800	16 754	23 051	277 452	533 824
11. Merseburg	351 142	12 564	14 281	307 266	448 052
12. Thüringen	580 806	24 833	32 423	561 530	705 778
13. Schleswig-Holstein	351 975	13 630	16 021	296 073	502 455
14. Weser-Ems	254 959	10 864	12 473	201 228	454 977
15. Osthannover	180 158	9 494	9 797	152 647	326 337
16. Südhannover-Braunschweig	479 584	24 016	28 069	441 067	628 008
17. Westfalen-Nord	447 248	17 627	17 525	358 081	676 878
18. Westfalen-Süd	727 472	23 259	26 145	584 267	824 384
19. Hessen-Nassau	635 382	24 305	23 207	538 098	790 858
20. Köln-Aachen	466 172	20 563	9 073	366 540	682 415
21. Koblenz-Trier	134 994	7 137	2 970	118 723	378 917
22. Düsseldorf-Ost	584 472	18 426	16 868	530 536	698 466
23. Düsseldorf-West	359 836	12 626	7 178	259 427	533 978
24. Oberbayern-Schwaben	320 163	10 918	4 079	209 071	768 629
25. Niederbayern-Oberpfalz	97 581	3 814	1 563	61 822	389 169
26. Franken	413 938	14 431		321 760	555 596
27. Pfalz	186 104	6 412		159 081	282 683
28. Dresden-Bautzen	**551 532**	**25 554**	**29 959**	**545 864**	**625 498**
29. Leipzig	**454 099**	**21 546**	**23 881**	**418 047**	**437 442**
30. Chemnitz-Zwickau	**540 943**	**22 781**	**34 442**	**577 155**	**591 386**
31. Württemberg	503 803	19 178	8 510	478 034	827 460
32. Baden	548 203	23 758	12 268	500 238	716 346
33. Hessen-Darmstadt	348 335	15 572	10 234	325 609	435 298
34. Hamburg	449 168	18 090	22 461	395 836	427 500
35. Mecklenburg	126 497	3 916	6 679	161 160	286 716